

Antrag

des Ausschusses für Haushalt und Finanzen

Beschluss über das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt gemäß Artikel 103 Absatz 2 Satz 2 Landesverfassung in Verbindung mit § 18b Landeshaushaltsordnung fest, dass aufgrund der weiteren Ausbreitung des Coronavirus in Brandenburg eine außergewöhnliche Notsituation vorliegt, die die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt.

Begründung:

Der Haushalt des Landes ist grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Im Fall von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, kann aufgrund eines Beschlusses des Landtages von diesem Grundsatz abgewichen werden. Mit dem vorliegenden Antrag soll der Landtag beschließen, das Vorliegen einer außergewöhnlichen Notsituation in Folge der Ausbreitung des Coronavirus festzustellen.

Mit dem Ausbruch und der Verbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19) in Deutschland und der damit einhergehenden Pandemiesituation ist auch für Brandenburg eine bisher noch nie vorgekommene und damit außergewöhnliche Notsituation eingetreten. Die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 wird als hoch dynamisch eingestuft. Sie lässt sich nicht auf einzelne Regionen des Landes begrenzen.

Zur Eindämmung der weiteren Ausbreitung werden eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen. Dazu gehören in einem ersten Schritt das Schließen von Kindertageseinrichtungen und die Untersagung des Schulbetriebes. Großveranstaltungen finden vorrübergehende nicht mehr statt und auch kulturelle Veranstaltungen in kleineren Kreisen sind davon betroffen. Ziel aller Maßnahmen ist es, die Kontrolle über die Ausbreitung zu erhalten.

Bereits heute ist absehbar, dass mit der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 die Finanzlage auch für Brandenburg erheblich beeinträchtigt sein wird. Mehrausgaben für die Beschaffung von medizinischer Schutzausrüstung ist dabei nur ein erster Teil. Die Einschränkungen für die Wirtschaft insgesamt lassen sich derzeit noch nicht bilanzieren. Unternehmen werden zunehmend von begrenzten Produktionskapazitäten aber auch wegbrechender Nachfrage betroffen sein. In welchem Umfang hier Liquiditätshilfen von Bund und

Land oder darüber hinaus weitere finanzielle Hilfen erforderlich sind, wird durch den weiteren Verlauf der Coronavirus-Pandemie in Brandenburg, Deutschland und weltweit bestimmt werden. Fest steht, dass die Folgen Bund, Länder und Kommunen treffen werden und hierfür keine Vorsorge getroffen werden konnte.